

Die Baugewerkschaft

Organ des Zentral-Verbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag.
 Abonnementspreis pro Quartal 2.— Mk. (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband 2,40 Mk.
 Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.
 Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,30 Mk.

Herausgegeben vom Verbandsvorstand.
 Geschäftsstelle: Berlin O., Rüdersdorfer Straße 60.
 Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4337.
 Postcheck-Konto der Hauptkasse 9367 Berlin.

Schriftleitung: Berlin O., Rüdersdorfer Straße 60.
 Haupt-Inseraten-Geschäftsstelle: Berlin O 17, Rüdersdorfer Straße 60. Tel.: Amt Königstadt 4337.
 Inseraten-Geschäftsstelle für Süddeutschland: Annoncen-Expedition Germania, München, Postfach 6.
 Schluß der Redaktion: Montag morgens 8 Uhr.
 Schluß der Anzeigenannahme 10 Tage vor Erscheinen jeder Nummer.

Nummer 16. Berlin, den 20. April 1913. 14. Jahrgang.

Weitere örtlichen Verhandlungen.

Es muß konstatiert werden, daß die Arbeitgeberverbände im Westen Deutschlands bei den örtlichen Verhandlungen wieder die unrühmlichste Rolle spielen. Im rheinisch-westfälischen Industriegebiete, im Bergischen Land und den rheinischen Städten, mit Ausnahme von Düsseldorf, ferner im Saargebiete wurde nicht das geringste Angebot bezüglich des Lohnes seitens der Arbeitgebervertreter gemacht. Wie bei der ersten Verhandlung in Barmen von einem Arbeitgebervertreter erklärt wurde, beruht dieses Vorgehen auf einem gemeinsamen Beschluß der westdeutschen Bezirksarbeitgeberverbände. Aber wozu dann noch das Aufreizende der ganzen Komödie mit den örtlichen Verhandlungen. Wozu der unnötige Kostenaufwand. Warum teils die Herren dann den Arbeiterorganisationen nicht kurzerhand mit Lohn-erhöhungen bewilligen wir nicht, dann wären die Verhandlungen kurzerhand unterblieben, denn ohne Lohn-erhöhungen schließen wir keinen Vertrag ab. Zum besten wollen wir uns aber auch nicht halten lassen in einer so ernsten Angelegenheit, dafür ist sie uns wirklich zu ernst. Hier handelt es sich um das Wohl und Wehe von Hunderttausenden von Arbeitern und deren Familien, und da ist ein Komödientenspiel wirklich nicht angebracht. Oder sind die westdeutschen Arbeitgebervertreter etwa der Meinung, sie kämen bei einem dreijährigen Vertrag ohne Lohn-erhöhung durch? Das wäre ein sehr naiver, aber auch ein sehr gefährlicher Glaube. Ohne Lohn-erhöhung, und zwar einer ansehnlichen, schließen die Arbeiter keinen Vertrag ab. Bleiben die westdeutschen Arbeitgeber auf ihrem Standpunkte beharren, so bedeutet das eine vertragslose Zeit oder den Kampf.

Dieses Vorgehen steht aber auch mit den Erklärungen des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe im striktesten Widerspruch. Dieser hat bei den zentralen Verhandlungen durch den Mund seines Vorsitzenden zu verschiedenen Malen erklärt, daß er einer Lohn-erhöhung nicht entgegen sein wolle und daß die Lohn-erhöhungen ein Gegenstand rein örtlicher Natur sei, er also seinen Unterverbänden nicht hineinreden könne. Wir sind der Meinung, daß dies auch für die Bezirksverbände Geltung haben muß, und diese nicht einfach sich zusammentun können, wie hier geschehen, und über die Köpfe der örtlichen Organisationen beschließen dürfen, nichts zu bewilligen. Diese werden mithin zu ihrer ablehnenden Haltung gezwungen. Von Loyalität verrät dieses Vorgehen herzlich wenig. Da wir Derartiges ahnten, haben wir auch die Forderung auf Zustimmung einer allgemeinen Lohn-erhöhung gestellt. Leider sind wir damit nicht durchgebrungen. An zentraler Stelle wird über das Verhalten der westdeutschen Bezirksarbeitgeberverbände noch ein Wörtchen zu reden sein.

Inzwischen haben die örtlichen Verhandlungen wiederum Fortschritte gemacht, über die wir nachstehend berichten.

Bezirk Berlin.

In Fürstentum a. D. beträgt der Lohn gegenwärtig 40 Pf., gefordert sind 7 Pf. Erhöhung; in Neuzelle, welches zum Lohngebiete Fürstentum gehört, soll der Lohn um 2 Pf. niedriger sein. Das An-

gebot der Arbeitgeber beträgt 1 Pf. auf drei Jahre. In Senftenberg und Lübben wurde kein Angebot gemacht, für Kalau und Luckau konnte nicht verhandelt werden, weil die Arbeitgeber aus dem Bunde ausgetreten sind.

Bezirk Bochum.

Die bisher gepflogenen Verhandlungen im Bezirk verliefen vollständig resultatlos. Die Arbeitgebervertreter verweigern jedes Angebot. (Siehe Einleitung.)

Bezirk Breslau.

Für das Lohngebiet Zittau begannen die Verhandlungen am 7. April. Es kam zu einer Einigung auf folgender Grundlage: 1. Bezirk sofort 2 Pf., 1914 weitere 2 Pf., 1915 noch 1 Pf.; die Stadt Zittau am 1. Januar 1916 einen weiteren Pfennig; für das 2. und 3. Lohngebiet sofort 3 Pf., 1914 weitere 2 Pf., 1915 noch 1 Pf., außerdem für Montags und Sonnabends je eine Stunde Arbeitszeitverkürzung.

In Löbau blieb die Lohnfrage strittig. Die Arbeitgeber boten 2, 2 und 1 Pf. für die drei Jahre. Löbau ist gegenüber den angrenzenden Bezirken mit dem Lohn zurück. In Bautzen erfolgte eine Einigung mit 2, 2 und 1 Pf. für den Bezirk kommt aber durch Verschiebung der Lohngebiete aus fünf in vier für alle Orte, außer Bautzen, eine weitere Lohn-erhöhung von 2 Pf. in Betracht, so daß es heißt 4, 2, 1 Pf. In Bischofswerda ebenfalls Einigung mit 2, 2, 1 Pf. In Neulitz, dazu gehört Schirgiswalde, blieb der Lohn strittig, das Angebot soll aber der Versammlung zur Annahme vorgelegt werden; angeboten sind 2, 2, 1 Pf. Auch in Rauenau erfolgte eine Einigung. Für die Hälfte des Gebietes mit Komnau beträgt die Erhöhung 2, 2, 1 Pf., die andere Hälfte erhält 2, 2, 2, 1 Pf., den letzten Pfennig am 1. Oktober 1915.

Am 9., 10. und 11. April wurde in Görlitz, Ostrowo und Glogau über die in Betracht kommenden Gebiete verhandelt. Für Görlitz und Lauban forderten die Arbeiter für die Vertragsdauer 10 Pf. Lohn-erhöhung, und zwar 5, 3, 2. Für Lempen forderten wir 3, 2, 2, insgesamt 7 Pf. Für Sagan-Sprottau und Glogau 4, 3, 2. Das Angebot der Arbeitgeber lautete im ersten Vertragsjahre nichts, in den beiden letzten Jahren je 1 Pf. Eine Einigung war demzufolge auch in diesen Gebieten nicht möglich.

Bezirk Köln.

Die örtlichen bzw. bezirklichen Verhandlungen haben zu keinem Ergebnis geführt. Schon bei der gemeinsamen Vorberatung in Barmen plägte Herr Frahe-Barmen damit heraus, daß die westdeutschen Bezirksverbände ein vertragliches Abkommen getroffen haben, wonach kein Bezirksverband ein Zugeständnis machen dürfe. Das, was der bergische Schutzbund in Barmen erklärte, daselbe erklärte auch Herr Thiemann bei den Verhandlungen in Köln und Grefeld für die Ortsverbände des rheinischen Bezirkes. Also während der drei Vertragsjahre keine Lohn-erhöhung. In der Arbeitszeitverkürzung erklärte Herr Thiemann: Eine Verkürzung der Arbeitszeit wird der rheinische Arbeitgeberverband nur nach einem für die Arbeitgeber verlorenen Kampfe zugestehen. Infolge dieser schroffen Erklärungen war an eine Verständigung nicht zu denken. Die Verhandlungen wurden darum geschlossen. Die Herren Unparteiischen gaben sich ernsthafte Mühe, bei jeder neuen Tagung die Verhandlungen vorwärts zu bringen. Ihre Bemühungen scheiterten indes an dem ablehnenden Verhalten der Unternehmer. In Düsseldorf ist der Vertrag durchgefallen. Die strittigen Punkte sind von einer engeren Kommission zusammengestellt. Da die Lohn-erhöhung pro Jahr 1 Pf., zu gering ist, haben unsere Kollegen dieses Angebot abgelehnt. Auch in Düsseldorf ist also eine Einigung nicht erzielt.

Bezirk Hannover.

In Bremen beträgt das Angebot der Arbeitgeber 5 Pf. für die drei Jahre, und zwar 2, 1, 2 Pf. Eine Einigung wurde noch nicht erzielt. In Braunschweig sind gefordert eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde und 9 Pf. Lohn-erhöhung (4, 3, 2 Pf.). Das Angebot der Arbeitgeber beträgt 3 Pf. sofort bei Abschluß des Vertrages, sie wollten sich jedoch noch weitere

Vollmacht von ihren Mitgliedern geben lassen. Die Arbeitszeitverkürzung lehnen sie ab. In Wolfenbüttel lehnen die Arbeitgeber die geforderte Verkürzung der Arbeitszeit und jede Lohn-erhöhung ab. Sie wollen jedoch noch in einer Mitgliederversammlung dazu Stellung nehmen. Eine weitere Verhandlung findet noch statt. Für Helmstedt lehnen die Arbeitgeber jede Lohn-erhöhung ab, ebenso für das Vertragsgebiet Peine und Celle. Im Vertragsgebiet Pyrmont bieten die Arbeitgeber für die beiden letzten Vertragsjahre je 1 Pf., im Vertragsgebiet Volzroda für jedes Vertragsjahr 1 Pf. Eine Einigung wurde nirgends erzielt.

Für Hannover ist berichtigend zu bemerken, daß dort die Forderung für die drei Vertragsjahre 10 Pf. mehr als bisher, und zwar 5, 3, 2 Pf., beträgt. Für Hildesheim beträgt das Angebot der Arbeitgeber nicht 5, sondern 3 Pf. für die Vertragszeit.

Bezirk Rattowitz.

In Oberschlesien fanden am 12. April die Verhandlungen statt. Gefordert wurden seitens der Arbeiter Lohn-erhöhungen von 4, 2 und 2 Pf. in den drei Jahren. Das Angebot der Unternehmer lautete für jedes Vertragsjahr 1 Pf. Nachdem fast bei allen übrigen Verhandlungen in Schlesien die gleichen Angebote gemacht wurden, muß man annehmen, daß hier ein dahingehender geheimer Beschluß der Unternehmer vorliegt.

Bezirk Königsberg.

Am Freitag, den 11. April, fanden die Verhandlungen in Elbing für die Vertragsgebiete Elbing, Marienburg, Neuteich-Liegenhof und Heines Marienburger-Werber (Christburg) statt. Eine Einigung wurde in sämtlichen Gebieten erzielt, und zwar auf folgender Grundlage: Elbing: Maurer 5 Pf., Zimmerer 7 Pf., B. 6 Pf.; Marienburg: M. und Z. 6 Pf., B. 7 Pf.; Neuteich-Liegenhof 6 Pf. und für Heines Marienburger-Werber (Christburg) 8 Pf. pro Stunde, verteilt auf die drei Vertragsjahre.

Am Sonnabend, den 12. April, fanden die Verhandlungen in Pr. Stargard für die Vertragsgebiete Pr. Stargard, Pelpin, Rewe und Schwes statt. Eine Einigung konnte auf folgender Grundlage erzielt werden: in Pr. Stargard für M., Z. und B. 6 Pf., in Rewe für M. und B. 6 Pf. und für Schwes von 5 Pf. für M. u. B., verteilt zu 2, 2 und 2 resp. 1 Pf. p. St. in den drei Vertragsjahren. Für Pelpin machten die Arbeitgeber nur ein Angebot von 4 Pf. Da dieses von den Arbeiterorganisationen abgelehnt wurde, scheiterte die Einigung für diesen Ort. Am 15. und 16. April finden in Danzig die Verhandlungen für Neustadt, Karthaus, Danziger-Höhe, Danziger-Riederung, Danzig-Dliva und Sopot statt. Von keinen Ausnahmen abgesehen ist auch in Westpreußen, soweit bisher verhandelt wurde, auf der ganzen Linie eine Einigung erzielt. Es steht zu hoffen, daß dieses auch für die noch ausstehenden Vertragsgebiete geschieht.

Bezirk München.

In Regensburg, wo am 8. April verhandelt wurde, boten die Arbeitgebervertreter für dieses Jahr 1 1/2 Pf. und für die beiden nächsten Jahre je 1 Pf. Lohn-erhöhung pro Stunde an. Am 9. April fanden die Verhandlungen für Ingolstadt statt. Hier betrug das Angebot für dieses Jahr 2 Pf. und für die beiden nächsten Jahre je 1 Pf. an. Eine Einigung kam an beiden Orten nicht zustande.

Bezirk Münster.

In Emden wurde am 8. April für die Orte Singen und Kurich verhandelt. Die Arbeitgeber boten, entsprechend den bisherigen tariflich festgelegten Sätzen, für Singen für Maurer und Zimmerer 6 Pf., für Stein- und Mörtelträger ebenfalls 6 Pf., die übrigen Bauhilfsarbeiter erhalten 3 Pf. weniger an Lohn. Das Angebot verteilt sich stufenweise auf die drei Jahre. Für Kurich lautet das Angebot für Maurer und Hilfsarbeiter 5 1/2 Pf., stufenweise verteilt auf die Vertragszeit, für Zimmerer 6 Pf. Das Resultat unterliegt der Beschlußfassung der Versammlungen und ist eine Einigung ziemlich sicher. In Norden wurde am 9. April für Norden selbst und für Norderey verhandelt. Für

es ja nicht allein, die von den laufenden Einnahmen bestritten werden sollen. Das wichtigste Moment ist vielmehr das Verhältnis, in welchem das Einkommen zu den Kosten des Lebensmittelaufwandes steht. Das Verhältnis zwischen den Ausgaben für Ernährung, Wohnung, Kleidung, Beleuchtung usw. ist für den Haushalt im allgemeinen ziemlich festgelegt. Nach dem Einkommen soll es sich bei einem Durchschnittseinkommen und unter normalen Verhältnissen folgendermaßen gestalten. Bei 100 M Ausgaben sind einzustellen die Ausgaben für:

Ernährung	mit 60 M
Wohnung	„ 16 „
Kleidung	„ 12 „
Beleuchtung	„ 5 „
Uebrig Ausgaben	„ 7 „

Bei einem Einkommen von 1200 M beispielsweise wären im Jahre 720 M für Ernährung, 192 M für Wohnung, 144 M für Kleidung, 60 M für Beleuchtung und 84 M für alles übrige auszugeben. Wenn dieses Einkommen, so folgert der Einsender weiter, sich im Laufe der Zeit erhöht, so müßten die einzelnen Positionen mit den oben genannten Prozentsätzen an dieser Erhöhung partizipieren.

Zu diesem Zwecke untersucht er an Hand der Feststellungen der 66 gewerblichen Berufsvereinigungen in Deutschland, die mehr als die Hälfte aller Erwerbstätigen kontrollieren, die Frage der Entwicklung des Lohnniveaus. Dabei kommt er zu dem folgenden Ergebnis:

Es betrug die Zahl der			
	1902	1911	gegen 1902
Kollaborierer	6 045 241	8 653 302	+ 43 Prozent
tatsächlich verdiente Löhne	5,55 Milliarden Mark	9,93	+ 79 Prozent
Jahreslohnsomme pro Kollaborierer	918,50 Mark	1 147,80 Mark	+ 25 Prozent

Der Verfasser der Zusage findet das Bild der Entwicklung im letzten Jahrzehnt, soweit es diese Zahlen wieder spiegeln, als sehr erfreulich. Arbeiterzahl und Löhne hätten sich sehr vermehrt, die letzteren sogar um so viel stärker, daß in 1911 auf den einzelnen Arbeiter durchschnittlich 25 Prozent mehr Lohn entfällt als im Jahre 1902. Eine jährliche Lohnsteigerung von durchschnittlich 2 1/2 Prozent könne nicht unbedeutend genannt werden.

Wie hat sich nun aber, so fragt er, in dem gleichen Zeitraum das Niveau der Lebensmittelpreise verändert? Einen guten Anhalt für die Beantwortung bietet ihm die Verpflegungsration eines deutschen Marinekadeten. Er multipliziert die diesem bewilligten Mengen mit den jeweils niedrigsten Preisen und nimmt das Dreifache dieser Summe in der Annahme, daß eine Durchschnittsfamilie aus drei Erwachsenen, d. h. zwei Eltern und zwei Kindern, besteht, und bezieht das Ganze auf den Zeitraum eines Jahres. Es ergibt sich dann für die Jahre 1902 und 1911 folgendes Bild. Die Ausgaben für den Nahrungsmittelaufwand einer vierköpfigen Arbeiterfamilie betragen in Mark:

1902	892,80 Mark,
1911	1 141,92 „

Die Ernährungsstellen hätten sich demnach in demselben Zeitraum, innerhalb welchem das Einkommen sich um 24,9 Prozent vergrößert hat, um 27,9 Prozent gesteigert, um volle 3 Prozent also stärker! Dieses Mißverhältnis sei zweifellos vorhanden, denn, so betont der Einsender, ob nun die Quantität der konsumierten Lebensmittel größer ist als die von uns benutzte Verpflegungsration eines Marinekadeten oder kleiner, ist gleichgültig, das Preisniveau bleibt daselbe und somit auch die Erhöhung von 1902 auf 1911. Gerade die Preise der wichtigsten Lebensmittel, Fleisch, Mehl, Brot, Kartoffeln, Butter, Kaffee, seien am heftigsten von der Preissteigerung ergriffen worden.

Wenn also — das ist die Schlussfolgerung der Zusage an die Bauwelt — die ganze Lohnsteigerung auf die Verteuerung der Nahrungsmittel draufgegangen ist, kann es gar nicht wundernehmen, daß die Ausgaben für Wohnung schlecht weggekommen sind. Die minder Bemittelten Schichten der Bevölkerung — der Kopfsache nach ist es der größere Teil — scheiden also bei der Gestaltung der Wohnungsnachfrage als vorwärts treibendes Moment in dem letzten Jahrzehnt fast völlig aus.

Soweit die Zusage. Sie verdient besonders um deswillen Interesse, als sie die Bedeutung eines kaufkräftigen Arbeiterstandes für die weitere Steigerung unserer wirtschaftlichen Produktion scharf hervorhebt. Dieses Moment wird überhaupt bei der Begleitung gewerkschaftlicher Forderungen, besonders der höheren Löhne, in Zukunft mehr hervorgehoben werden müssen. Steigerung der Kaufkraft des Arbeiterstandes, d. h. des Zahl stärksten Standes, bedeutet Steigerung der Auf-

nahmefähigkeit des Inlandsmarktes. Der Inlandsmarkt aber ist das Hauptabgabebiet der heimischen Produktion, nicht nur der Landwirtschaft, sondern vor allem auch der Industrie. Er ist ganz besonders auch das sicherste Absatzgebiet. Und deshalb wird eine weise Wirtschaftspolitik das größte Gewicht auf die Sicherung und Aufnahmefähigkeit des Inlandsmarktes legen müssen. Von diesem Gesichtswinkel aus betrachtet, gewinnt das Streben der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft nach höheren Löhnen eine ganz andere Bedeutung, und es wäre zu wünschen, daß es auch in Arbeitgeberkreisen mehr von diesen Gesichtspunkten aus gewertet würde. Andernfalls werden sie mehr oder minder schnell die Erfahrung machen müssen, daß eine allgemeine Niederhaltung der Löhne keineswegs ein volkswirtschaftlicher Gewinn ist, auch nicht vom Standpunkte der Produktion, sondern ein volkswirtschaftlicher Verlust, indem dadurch die Konsumkraft breiter Volksschichten eingeengt wird, ein Zustand, von dem selbstverständlich letzten Endes die Industrie selbst den Schaden hat.

Die Einigungsverhandlungen im Malergewerbe sind gescheitert!

Nach zweitägigen Verhandlungen — am 8. und 9. April — sind die Vertreter des Malergewerbes ergebnislos auseinandergeschieden. Von „großer Erregung“ dabei, wie die „Kreuzzeitung“ Nr. 186 zu melden weiß, war allerdings nichts zu merken. Es sei dem, daß man das Zeichen, mit dem ein süddeutscher Malermeister das Bravourstück des Aussperrungs-Doktors Gollsch beim Schließen der Verhandlungen abschließt, als erregten Vorgang ansieht. Nach dem eben zitierten Bericht der „Kreuzzeitung“ soll die Einigung an „den brüsten Forderungen der Malergehilfen“ gescheitert sein, die „weit über den von ihnen bereits angenommenen Schiedspruch hinausgingen“. Die „Kreuzzeitung“ wird gut tun, sich ihre Berichterstatter künftig etwas genauer anzusehen; denn solche Fügerei ist uns noch nicht leicht zu Gesicht gekommen, wie in diesen paar Worten.

Die Gehilfen haben, als ihnen die Arbeitgeber zumuteten, in eine Herabsetzung aller über 3 Pf. hinausgehenden Schiedsprüche einzuwilligen, folgendes erklärt: „Die Vertreter der Arbeitnehmerorganisationen lehnen das Angebot der Arbeitgeber, durch das sie die Absicht bekunden, selbst noch unter die in den Schiedsprüchen festgesetzten Löhne herunterzugehen, grundsätzlich ab. Sie halten eine Verständigung für eine Reihe von Lohngebieten auf der Grundlage der Schiedsprüche ohne weiteres für möglich. Dagegen können sie für einen weiteren Teil von Lohngebieten die in den Schiedsprüchen festgelegten Bedingungen über Löhne und Arbeitszeiten nicht als ausreichend anerkennen, weil die örtlichen Verhältnisse nicht genügend gewürdigt worden sind. Außerdem hat sich die Situation durch die vom Arbeitgeberverband vorgenommene Aussperrung wesentlich verändert, indem durch den inzwischen erfolgten Abschluß zahlreicher einzelner und korporativer Tarifverträge, u. a. mit dem „Bund deutscher Dekorationsmaler“, die Schiedsprüche bereits überholt sind.“

Und weil die Arbeitgeber auf ihrem Standpunkt hartnäckig verharrten, gaben die Gehilfen die weitere Erklärung ab:

„Wir erkennen die Bemühungen der Herren Unparteiischen zur Beilegung der bestehenden Differenzen an, sind jedoch durch die infolge der Aussperrung veränderten Verhältnisse nicht in der Lage, dem Vorschlage der Herren Unparteiischen, die Schiedsprüche für alle Lohngebiete anzunehmen, beizutreten. Durch unsere frühere Erklärung haben wir den Willen zu einer Verständigung gezeigt und halten eine Einigung auf dieser Grundlage nach wie vor für möglich.“

So sind da die „brüsten“ Forderungen der Gehilfen? Sie haben mit Recht abgelehnt, am Tarifschema irgend etwas zu ändern; der Arbeitgeberverband hat auch darauf verzichtet und sich mit Erläuterungen zu den von ihm als Kampfobjekte hingestellten Vertragsbestimmungen zufrieden gegeben. Er ist so seine Aussperrungsgründe losgeworden und schiebt jetzt die beim Beginn des Kampfes als unerheblich bezeichnete Lohnfrage in den Vordergrund. Die Arbeitgeber wollen in allen Lohngebieten 3 Pf. für die drei Tarifjahre zahlen. Das bedeutet in 24 Prozent aller Orte die Beibehaltung der häufig sehr unzureichenden Schiedsprüche vom 24. Februar; bei 5 1/2 Prozent der Orte würde eine kleine Erhöhung — von 2 auf 3 Pf. — eintreten, (es handelt sich dabei um 19 kleine Orte mit sehr wenig Gehilfen). Der große Rest von rund 70 Prozent aller Lohngebiete aber soll um 1 bis 4 Pf. pro Stunde gekürzt werden! Wären die Gehilfenvertreter auf dieses „Angebot“ heringefallen, dann hätten sie wirklich alles andere eher verdient als das Vertrauen ihrer Kollegen.

Der Kampf im Malergewerbe nimmt also seinen Fortgang.

Bei den Einigungsverhandlungen ereignete sich ein recht bemerkenswerter Zwischenfall. Der Hauptvorsitzende der Arbeitgeber — Kruse-Berlin — hielt es für notwendig, einen scharfen Vorstoß gegen den christlichen Malerverband zu machen. — Er erinnerte an die Vorgänge von 1903, wo der sozialdem. Malerverband bei den Tarifverhandlungen die nichtsozialistischen Gehilfenorganisationen ausschalten wollte, was aber an dem Widerstand des Arbeitgeberverbandes gescheitert ist. Bei den diesjährigen Tarifverhandlungen hat nun der Arbeitgeberverband seine Konkurrenzorganisation, den „Bund deutscher Dekorationsmaler“, an die Wand gedrückt; u. a. hatte sich auch der christliche Malerverband gegen diese Ausschaltung erklärt. Die

besten Vorgänge stellte Kruse in Parallele und rief in höchster Erregung: „Da hat uns die christl. Organisation Knüppel zwischen die Beine geworfen, obwohl wir 1903 dafür gesorgt haben, daß Sie heute hier sitzen. Was wir aber damals verhindert haben, kann nun jeden Tag wieder passieren!“

Gegenüber diesem Wutausbruch wies der Vertreter des christl. Malerverbandes seelenruhig darauf hin, daß es für ihn selbstverständlich sei, jede tarifmäßige Organisation zum Reichstarif zuzulassen, sonst ist es eben kein Reichstarif; was die christlichen Gewerkschaften als Recht für sich beanspruchen, gestehen sie natürlich auch andern zu und treten nötigenfalls auch für deren Rechte ein, was im Falle des „Bund“ eben geschehen sei. — Es ist sehr schön von Herrn Kruse, dem zweiten Vorsitzenden des Reichsbundes baugew. Arbeitgeberverbände, daß er seine Denkwürde über die christl. Gewerkschaften so klar kundgegeben hat. Also, weil der christl. Malerverband seine machtlusternen Pläne nicht gutheißt, droht ihm der Vorsitzende des nationalen Arbeitgeberverbandes mit dem Hinanwurf aus dem Reichstarifverhältnis! Das wird man sich zu merken haben, denn nichts kann den in den angeblich nationalen Arbeitgeberverbänden herrschenden Geist besser kennzeichnen, als solche Entgleisungen.

Sollte Herr Kruse glauben, mit seiner klumpen Drohung irgend jemand einzuschüchtern, so ist er schlecht beraten. Man kann ja seinen Groll verstehen; es wäre doch zu schön gewesen, der Maleraussperrung eine Folie zu geben dadurch, daß man sie als Kampf gegen die „Knoten“ hinstellte. Dieses — nicht mehr neue! — Konzept haben nun die christl. Gewerkschaften gestört durch unpassende Aufklärung der Öffentlichkeit über die wahren Zusammenhänge. Herr Kruse spielt sein Spiel durchsichtig, und deshalb macht er in Einschüchterungspolitik. Wie naiv!

Allgemeines.

Gewerkschaftsbewegung und gewerblich-technischer Fortschritt. In letzter Zeit ist den Gewerkschaften wieder häufiger der Vorwurf gemacht worden, die Wirkungen ihrer Tätigkeit seien hemmend für die Volkswirtschaft. Insbesondere würden durch die Streiks große Werte vernichtet. Daß durch die von den Unternehmern injizierten Massenaußsperrungen viel empfindlichere Störungen im Wirtschaftsleben hervorgerufen werden, wird von den meisten Gewerkschaftskämpfern entweder übersehen oder absichtlich verschwiegen. Ferner ist es eine feststehende Tatsache, daß die gewerkschaftlichen Bestrebungen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu bedeutenden Fortschritten des technischen und industriellen Fortschrittes geworden sind. So durch die Gewerkschaften der Lohn gesteigert, die Arbeitszeit verkürzt wird, da macht sich bei dem Unternehmertum das Bestreben geltend, durch Erweiterung und Verbesserung der Maschinen einen Ausgleich für die Verteuerung der Warenherstellung zu erzielen. Ein deutlicher Beweis dafür ist die gewerbliche Entwicklung in England im Vergleich zu der auf dem Festland. Dr. Alexander Wachs weist in seinem Buche „Die volkswirtschaftliche Bedeutung der technischen Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft“ auf diesen Umstand ausdrücklich hin. Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit, sagt er, sei ein wichtiges soziales Moment für die Entwicklung der Technik. Als in England mit Hilfe der Gewerkschaften und der Gesetzgebung die ärgsten sozialen Mißstände im Arbeitsverhältnis beseitigt, als die Löhne in die Höhe und die Arbeitsstunden heruntergebracht wurden, sah sich der englische Unternehmer, um die Konkurrenz mit dem Festlande aufrecht erhalten zu können, genötigt, die Leistungsfähigkeit des Arbeiters und der Maschinen möglichst zu erhöhen. Daher die raschen Fortschritte in England, im Gegensatz zum Festland, das niedrigere Löhne zahlte und in dem eine lange Arbeitszeit üblich war. Charakteristisch ist, daß die wichtigste Vollspinnmaschine, der Salfaktor, der in England schon in den 30er Jahren verbreitet war, in Deutschland erst in den 70er Jahren verbreitet wurde. Auch Erfindungen des Schweißschweißens wurde auf dem Kontinent erst nach 100 Jahren eingeführt.“

Das trifft auch heute noch zu, was in vorstehenden Zeilen von der Wirkung gewerkschaftlicher Arbeit gesagt wird. Durch sie wird nicht allein zur Verbesserung und Ausnutzung der technischen Hilfsmittel, sondern auch zu jeder irgendwie möglichen sonstigen Verbesserung der Arbeitsmethoden angeregt. Damit wird auch ein weiterer Einwand widerlegt; der nämlich, daß jede Lohnsteigerung eine Verteuerung der Waren im Gefolge habe und daß die Lohnpolitik der Gewerkschaften überhaupt schuld an der allgemeinen Lebensmittelveerteuerung sei. Wenn durch die Gewerkschaften eine technische und organisatorische Verbesserung des Betriebes erzielt wird, dann wirkt das verbilligend auf den Verbrauch.

Gegen die Errichtung von landwirtschaftlichen Betriebskrankenkassen, die von verschiedenen Seiten empfohlen werden, wendet sich der Zentralverband der Forst-, Land- und Weinbergsgewerkschaften Deutschlands (Sitz Essen-Kruhr) in einer Eingabe an die landwirtschaftlichen Zentralbehörden, die Landwirtschaftskammern und die bundesstaatlichen Landesregierungen. Es heißt darin u. a.:

„Abgesehen davon, daß Krankenkassen von geringer Mitgliederzahl dem Arbeitgeber eine große Belastung und Verantwortung auferlegen, sind sie schon deshalb zu verwerfen, weil sie den zuständigen Landkrankenkassen und allgemeinen Ortskrankenkassen die guten Mittel entziehen. Die Folge davon wäre, daß der Klein- und mittleren Landwirten (Bauern), der Landhandwerker und den anderen kleinen Arbeitgebern auf dem Lande sowie vor allem den Landrentkassenpflichtigen Arbeitnehmern eine neue starke Belastung aufgebürdet würde. Die wirtschaftliche Lage der kleinen Arbeitgeber auf dem

und namentlich die Lage der ländlichen Arbeiter... er nicht so gestellt, daß neben den schon vorhandenen...

Der Verband ersucht um eine baldige Stellungnahme... und Aeußerung zu der Frage, weil die Angelegenheit...

Steht eine Verbilligung des Nahrungsmittel... aufwandes ein? Nach den statistischen Ziffern zu urteilen...

Table with 3 columns: Year (1911, 1912, 1913) and rows for various food items like Butter, Fleisch, etc.

Im Januar auf Februar 1913 ist die Indexziffer... für's Fleisch um 0,15 % gefallen. Die Steigerung...

Table with 3 columns: Year (1911, 1912, 1913) and rows for various food items like Fleisch, Brot, etc.

In einigen außerpreussischen Landes... teilen betragen die Kosten des Aufwandes für Nahrungsmittel in Mark:

Table with 3 columns: Year (1911, 1912, 1913) and rows for various food items like Fleisch, Brot, etc.

Wegen der Steigerung zu zeigen, zeigen die Lebens... mittelwerte noch immer im Abnehmen, in Preuss...

Angerechtigkeiten in der Tarifgemeinschaft der... deutschen Buchdrucker. Seit dem Abbruch der letzten...

Die Tarifgemeinschaft der deutschen Buchdrucker... hat sich in der letzten Zeit sehr erweitert...

werden die bekannnten Forderungen aufgestellt, für die... der Gutenberg-Bund schon jahrelang kämpft: gleiches...

Die bisherige ablehnende Haltung des „freien“ Buch... druckerverbandes wird auf die Dauer immer unverständ...

Finanzwirtschaft gelber Werkvereine. Für die... Tatsache, daß die gelben Werkvereine von den Unter...

In ordentlichen Mitgliederbeiträgen verzeichnet die... Abrechnung aber nur 2528 M., also nur den zwanzigsten...

Außer diesen Schenkungen für die Hauptkasse des... gelben Vereins sind auch sonst noch besondere Zwen...

Bei allen Kosten also „Stiftungen“ und „Schen... kungen“. Nun könnte man sagen, es ist das Recht der...

Wirtschaftliche Bewegung.

Speyer: Die Sperrung der... Firma Ruppert und Hoffmann wegen Nichtannahme...

Regel Berlin. Scherwin (A. B.). Ueber die Firma Grebenstein ist für... Maurer und Zimmerer die Sperre verhängt wegen Lohn...

Regel Bochum. Kettlinghausen. In der heutigen Versammlung der... Kettlinghausen wurde beschlossen, über das...

Regel Frankfurt. Friedenberg. In der heutigen Versammlung am... 21. März erlosch die Sperre gegen die Firma...

Firma Maurermeister Bae. Rappolt in betreff des... Lohnfrage. Gefordert waren 40 Pf. pro Stunde bei...

Regel Münster. 35 Benbüren. Ueber den Bauunternehmer Michel... ist die Sperre verhängt worden, weil derselbe sich weig...

Regel Daberborn. Daber. Der Vertrag vom Jahre 1910 endete am... 31. März 1913. Es war in demselben eine Kündigungs...

Jahresbericht des Bezirks Freiburg.

Der Aufschwung des deutschen Wirtschaftslebens, der... erfreulicherweise auch im Jahre 1912 angehalten und...

Wohl war die Bautätigkeit im Bezirk in einzelnen... Städten eine lebhaftere als im Vorjahre, aber die...

In Heidelberg war von einer privaten Bau... tätigkeit fast nichts zu merken. Heidelberg, wo in den...

st haben, mussten sich in dem etwa 3 Stunden ab-
gelegenen Mannheim nach Arbeit umsehen.

In Baden-Baden, der weltberühmten Kurstadt,
hat sich infolge Inangriffnahme mehrerer großer Bauten
und Reparaturen vom Oktober ab die Bautätigkeit sehr
intensiv gestaltet, so daß auch jetzt während des Winters
ausreichende Beschäftigung vorhanden ist.

Die Stadt Freiburg weist eine zufriedenstellende
Bautätigkeit auf. Der Neubau der großen Herbergschen
Verlagsanstalt, der am 1. November seinem Zwecke über-
geben werden konnte, bot noch sehr viel Beschäftigung.
Dieses neue, prächtige, schloßähnliche Gebäude ist auf
dem Grundstück der ehemaligen Bichorienfabrik Ruenzer,
zwischen Realgymnasium und Landesgefängnis, errichtet
und deckt den ganzen von der Jähringer und Sautier-
straße begrenzten Baublock. Anlage und Aufmachung
zeigen den Typ des modernen Geschäftshauses: einfache,
klare Plüchden, große Räume, Licht und Luft für Ver-
kehr und Betrieb, gute und echte Materialien und sorg-
fältige, gebiegene und sehr geschmackvolle Ausführung,
kein Fabrikstil, aber noch weniger das Verbergen der
eigentlichen Zweckbestimmung. Mit einem Wort, ein
prächtiges Gebäude für 4 1/2 Millionen Mark. Wirklich!
Dieses Gebäude gerichtet dem nördlichen Stadtteil Frei-
burgs zur Zierde. Hoffen wollen wir nun, daß es den
in diesen ungeheuren Räumen beschäftigten Arbeitern
gefällt und daß sie sich in größerer Zahl dem christ-
lichen Gewerkschaftsgedanken anschließen werden. Auch war
im Berichtsjahre die private Bautätigkeit in Freiburg
und Umgebung bedeutend lebhafter wie im Vorjahre.
Es wurden 280 Maurer, 190 Hilfsarbeiter und 24 Zim-
merer mehr beschäftigt als im Jahre 1911.

Mülhausen i. E. hatte im ersten Halbjahre eine
sehr schlappe Bautätigkeit, erholte sich aber noch in der
zweiten Hälfte, und zwar in den Monaten September
und Oktober, so daß im Monat November und Dezember
eine sehr lebhafteste Tätigkeit herrschte. Dazu trug ein
mächtiger Fabrikneubau, den die Firma Dörfel-Milch u.
Cie., gelegen an der Pfaffstätter Straße, in Angriff nahm,
bei. Das Gebäude wird eine Länge von 163 Metern, eine
Breite von 59 Metern und eine Höhe von vier Stock-
werken erhalten. Es sollen in diesen Räumen 2000 Textil-
arbeiter neu beschäftigt werden. Weiter trugen zur Er-
zeugung der Mülhäuser Bautätigkeit bei die 30 neu er-
stellten Koloniehäuser im nahegelegenen Dornach, die
ebenfalls im Nachsommer in Angriff genommen wurden.
Auch in den ländlichen Orten des Oberelsaß herrschte in-
folge der Erweiterung der Industrie im Herbst eine
ziemlich rege Bautätigkeit.

In Straßburg i. E., Stadt- und Landkreis, eben-
falls auch in Rehl, war eine gute Konjunktur zu ver-
zeichnen.

Auch in Colmar i. E. fanden alle Bauarbeiter bis
November ausreichende Beschäftigung. In allen übrigen
Orten des Bezirkes war die Baukonjunktur schlecht, in
manchen Orten sogar miserabel.

Die Aussichten für 1913 sind im allgemeinen sehr
hoffnungsvoll. Eine besonders lebhafteste Bautätigkeit dürfte
in der Kalkindustrie des Oberelsaß Platz greifen. Nicht
weniger wie 17 Kalifischichte sind im Ent-
stehen begriffen. Welch ungeheure industrielle Ent-
wicklung hebt hier an, die in ihrer zukünftigen Größe
noch gar nicht abgesehen werden kann.

Oberelsaß, die ehemals so stille ländliche Gegend,
steht jetzt im Zeichen der aufstrebenden Industrie. Das
oberelsaßische Kaligebiet nimmt eine Oberfläche von
200 Quadratkilometern ein. In einer Tiefe von 300
bis 700 Metern findet sich dort eine Salzschicht, die im
Mitteln 200 bis 300 Meter Dicke hat. Diese Salzlagerung
enthält zwei Kalifischichten, von denen die eine eine Dicke
von 1,50 Meter, die andere eine solche von 3 bis 5 Metern
Mächtigkeit aufweist. Nahezu 200 Millionen Kubikmeter
Kalifalze sollen in diesem Gebiete im Erdenschoße ver-
borgen sein.

Im Anfang dieses Jahres waren bereits 2000 Ar-
beiter in diesem Gebiete beschäftigt. Heute mögen es
wohl schon über 4000 sein. Die Zahl dürfte sich in zehn
Jahren auf 25 000 erhöhen. Hier in dieser Kalkindustrie
werden in den nächsten Jahren Hunderte von Arbeiter-
wohnungen gebaut werden müssen, da die Zuwandernden
unmöglich in den Bauernhöfen der Wohnungen erhalten
können. Auch dürfte sich in der Stadt Mülhausen in
diesem Jahre reichlich Arbeitsgelegenheit bieten. Die
Erbauung eines städtischen Schwimmbades, sowie die
Vergrößerung des Spasinhospitals und die 50 Arbeiter-
wohnungen, die in Dornach neu erstellt werden sollen,
bieten die hoffnungsvollste Aussicht. Die gesamten Kosten
des städtischen Schwimmbades sind auf 1/4 Million
Mark veranschlagt worden. Auch hat die Militärver-
waltung wieder bedeutende Summen für militärische
Bauten vorgezogen, so 200 000 M für ein Magazin-
gebäude in Colmar, 150 000 M für Vollendung eines
Magazingebäudes in Mülhausen, 91 200 M Schluprate
für ein Magazingebäude in Neu-Breisach, 642 000 M
Schluprate für Kasernenbauten in Colmar, 390 000 M
für einen Kasernenumbau in Colmar, 65 000 M für einen
Ergänzungsneubau der Maschinengewehrabteilung in
Straßburg, 100 000 M für die Wilhelmskaserne in Straß-
burg, 100 000 M für den Neubau einer Kaserne in Weißen-
burg, weiter dürfte in Straßburg, da der Rückgang an
leerstehenden Wohnungen ziemlich groß ist, sich voraus-
sichtlich wieder eine lebhafteste Bautätigkeit einstellen.

In Straßburg herrscht immer noch großer Mangel
an Kleinwohnungen für Arbeiter, trotzdem sich die Stadt-
verwaltung große Mühe gegeben hat, um diesem Uebel
abzuhelfen. Bei den wenigen Zweizimmerwohnungen ist
auch noch der Mietpreis erschreckend hoch. Es wurden
solche vermietet für 300, 320, 370, 420 M. Eine an-
ständige Dreizimmerwohnung kostet in Straßburg 500
bis 600 M. Familien mit einer zahlreichen Kinderzahl
sind es überhaupt schwer, eine Wohnung zu bekommen.
Hier lassen die Herren Hauseigentümer die Wohnung
leer stehen, als daß sie an eine kinderreiche Familie ver-
mieten. In Freiburg und Mülhausen ist es nicht besser.
Die Hauseigentümer in diesen Städten gehen geradezu

rücksichtslos vor. Zahlreiche nach Straßburg und Frei-
burg zugewanderte Arbeiter konnten vielfach gar keine
Wohnung bekommen, weil sie das „Bed“ hatten, eine
kinderreiche Familie zu bestizen. Die Gewerkschaftskarteile
in genannten Städten werden, wenn nicht bald eine
Aenderung zum Besseren eintritt, einschießen müssen.

Im badischen „Musterlande“ wird das große Projekt
der Wasserkraftanlage im Murgtal und die Erstellung
einer neuen festen Rheinbrücke bei Magau für die zu-
künftige Entwicklung der badischen Industrie von ent-
scheidender Bedeutung sein. Die gewonnene elektrische
Energie soll unbeschadet der Deckung aller Selbstkosten
zu tunlichst billigen Preisen an die Verbraucher ab-
gegeben werden. Die Großh. Badische Regierung hat sich
durch die Schaffung dieser großen staatlichen Wasser-
kraftzentrale, deren jährliche Leistungsfähigkeit nach völ-
ligem Ausbau mit den Dampfreserven auf 87,6 Millionen
Kilowattstunden gebracht werden soll, um die badische
Industrie sehr verdient gemacht. Durch dieses große
Unternehmen wird die badische Industrie zweifellos einen
großen Aufschwung nehmen, der auch den Bauarbeitern,
besonders in Mittelbaden, zugute kommen wird. Auch
die Stadt Freiburg hat durch die Annahme einer Vor-
lage, nach der die elektrische Energie für Freiburg und Um-
gebung von den Oberrheinischen Kraftwerken, A.-G. in
Mülhausen i. E., bezogen werden soll, ihren früheren,
anscheinend industriefeindlichen Standpunkt aufgegeben,
was im Interesse der Bauarbeiten sehr zu begrüßen ist.

Die Fremdenstadt Freiburg wird immer bedeuten-
der, hat aber nicht einmal 1 Prozent leerstehende Woh-
nungen aufzuweisen. Bei der Zunahme der Fremden-
besuche ist dieses unhaltbar. Der Fremdenbesuch der
Stadt Freiburg betrug im Jahre 1912 110 523 Per-
sonen (1911 99 301 Personen). Das sind über 10 000
Personen mehr als im vorigen Jahre, ein Ergebnis,
das — besonders im Hinblick auf die Ungunst der Witter-
ung des Sommers — als recht erfreulich für die Stadt
Freiburg bezeichnet werden darf. Freiburg leidet schon
seit Jahren unter einer förmlichen Wohnungsnot. Setzt
in diesem Jahre die private Bautätigkeit nicht genügend
ein, so muß die Stadt unter allen Umständen Abhilfe
schaffen, durch Erbauung von städtischen Arbeiterwoh-
nungen. Auch hat man gegenwärtig mit einem gewalt-
tigen Neubau des Bezirksgefängnisses begonnen. Weiter
wird die evangelische Kirchengemeinde im Stühlinger
Stadtteil ein neues Gotteshaus errichten, dessen Kosten
rund 800 000 M betragen sollen. Also wäre für Frei-
burg mit einer lebhaften Bautätigkeit zu rechnen.

Ueber die Vertragstreue der Arbeitgeber können wir
uns im allgemeinen sehr befriedigend äußern. Die über-
große Mehrheit der Arbeitgeber hält die Verträge ein.
Diejenigen Unternehmer, die sich Vertragsumgehungen
zuschulden kommen ließen, sind immer dieselben.

So haben Bewegungen wurden im Berichtsjahre im
Bezirk keine geführt, wohl mußten einige Baupersonen
zur Einhaltung der Verträge unternommen werden.

Der Versammlungsbesuch war in den meisten Orten
nicht befriedigend. Nach wie vor mußte das Hauptgewicht
auf die Bildung und Erziehung eines guten Vertrauens-
männerapparats gelegt werden. Ueberall dort, wo wir
ziemlich gutgeschulte Vertrauensmänner haben, herrscht
Leben und leisten auch unsere Mitglieder viel besser dem
roten Terrorismus Widerstand.

Ueberhaupt lastet im Bezirk fast in allen Jahrestellen
die Arbeit auf den Schultern der Vertrauensleute. Die
Mitglieder verlangen von ihnen, daß sie alle Arbeit
beständigen. Weil dem so ist, und auch keine große Aus-
sicht besteht, daß es in absehbarer Zeit besser wird, deshalb
ist es notwendig, über eine ansehnliche Truppe Ver-
trauensmänner zu verfügen. Man beschränke sich deshalb
in keiner Jahrestelle darauf, die Arbeit nur von den ge-
wählten Vorstandsmitgliedern tun zu lassen, sondern ver-
suche, überall ernsthafte, tüchtige und eifrige Mitglieder
zur Mitarbeit heranzuziehen. Dieses ist unbedingt not-
wendig, wenn wir unseren Bestehen im Bezirk er-
halten und weitere Fortschritte machen wollen. Die Er-
fahrungen in den Schlichtungskommissionen gaben in
manchen Städten zur Kritik Veranlassung. Es herrscht
in manchen Kommissionen noch viel zu viel Parteilichkeit.
Besonders müssen wir verurteilen, daß selbst der Landes-
vorsitzende des Arbeitgeberbundes von Elsaß-Lothringen,
Herr Brion in Straßburg, es verhindert hat, daß unser
Vertreter in der Schlichtungskommission an den Ver-
handlungen teilnehmen konnte. Dieser Herr hat ständig
mit den Notizen die Verhandlungen allein geführt. Auch
bei Abschlüssen neuer Verträge im Interesse hat man
unsere Organisation nicht zugezogen, trotzdem wir in den
in Betracht kommenden Orten eine Anzahl Mitglieder
haben.

Der Bauarbeiterschutz ist in Baden durch
neue Bestimmungen etwas besser geworden. Ueber die
mangelhafte Durchführung der Bestimmungen muß jedoch
immer noch Klage geführt werden. Im Elsaß bleiben
sowohl in technischer, wie auch in sanitärer Beziehung
die mangelhaften Bestimmungen weit hinter den ein-
fachsten Anforderungen zurück. Wohl wurde im Berichtsjahre
im elsass-lothringischen Landtag einen ganzen Tag
lang über die mangelhaften Bestimmungen verhandelt und
Anträge der Parteien angenommen, die die Regierung
aufforderten, eine Landesbauordnung, sowie bessere und
einheitliche Schutzbestimmungen zu erlassen. Aber die
Straßburger Regierung hat bis heute noch nichts von
sich merken lassen. Sie bleibt wieder stumm,
wie so oft. Sie redet und schafft statt dessen an an-
deren Stellen manchmal mehr wie notwendig. Die
heutige Straßburger Regierung ist, wie es scheint, un-
fähig zu sozialer Arbeit.

Die Tätigkeit des Bezirksleiters gestaltete sich fol-
gendermaßen: Besuch wurden 69 Mitglieder, 16 öffent-
liche, 7 Baustellen- und 29 sonstige Versammlungen, Vor-
stands- und Vertrauensmännerkonferenzen 67, Kartell-
situngen 7, Schlichtungskommissionssitzungen 9, vorstellig
wurde er bei den Arbeitgebern und Behörden in 47
Fällen. Außerdem nahm der Bezirksleiter an 6 Kon-
ferenzen, sowie an dem Gewerkschaftskongresse in Dresden

teil. Eine Reihe sehr wichtiger Ereignisse kann des
Raumes halber nicht gewürdigt werden.

Große Aufgaben harren uns in Zukunft noch im
Bezirk. Vieles ist versäumt worden und muß nach-
geholt werden. Ich weiß, es ist keine leichte Arbeit.
Aber wir dürfen auch vor der schwersten Aufgabe nicht
zurückschreden. Mut, Beharrlichkeit und Ausdauer führen
allein zum Ziel.

Als der große Napoleon mit seiner Armee im Rhone-
talse stand, schickte er einige Offiziere, um den Pap über
den großen St. Bernhard zu untersuchen. Bei ihrer
Rückkehr erzählten sie ihm von den großen Schwierig-
keiten des Ueberganges und er fragte sie: „Aber ist es
möglich?“ „Sawohl, möglich schon, aber kurchbar
schwierig.“

„Also, vorwärts“ antwortete Napoleon. Und es ge-
lang, den großen St. Bernhard zu übersteigen und die
Feinde zu besiegen.

So dürfen auch wir vor den Schwierig-
keiten nicht zurückschreden; wir dürfen nicht ruhen
bis alle Hindernisse beseitigt und alle Widerstände be-
zungen sind. Bei allseitiger Mitarbeit wird dies ge-
lingen.

Wögen mir im neuen Jahre alle Kollegen ihre Pflicht
erfüllen, dann, aber auch nur dann wird unser Be-
zirk Freiburg Erste zeitigen. Den wenigen Kollegen, die
im Berichtsjahre zu mitgearbeitet haben, sei an dieser
Stelle herzlich gedankt.

Freiburg i. B., den 30. Januar 1913.

Fr. Gaurich.

Jahresbericht des Bezirks Stuttgart.

Mit dem 1. August 1912 wurde das Bezirkssekretariat
für Württemberg mit dem Sitz in Stuttgart errichtet.
Zunächst galt es, die Orte, in denen wir Mitglieder
hatten, kennen zu lernen, sich über die Organisations-
verhältnisse zu erkundigen und die Art und Weise, wie
von den Ortsvorständen die Verbandsarbeit erledigt
wird, kennen zu lernen. Von einem Fortschritt in
unserem Gebiete kann denn auch noch keine Rede sein;
wie die Fortschritte sich überhaupt langsam vollziehen
werden. Was die Agitation hier besonders schwierig
macht, ist die Landagitation. Unsere Mitglieder wie
der größte Prozentsatz der Bauarbeiter überhaupt, kommen
aus den Landorten. In einzelnen Orten auf dem Lande
haben wir sehr gute Ortsgruppen, aber ein großer Teil
der Orte, wo die Bauarbeiter wohl für unsere Organi-
sation in Frage kommen, fehlt noch gänzlich. Versuche,
dort die Kollegen zu gewinnen, sind ohne Unterlaß ge-
macht worden, aber immer wieder an der Interessen-
losigkeit gescheitert. Warum diese Kollegen so schwer
zu gewinnen sind, erklärt sich wohl am meisten daraus,
daß sie, wenn nicht jeden Abend, so doch jeden Sonn-
abend in ihre Heimat fahren. Zu Hause haben sie ein
kleines Anwesen, was ihr Ideal ist, und neben diesem
haben sie für etwas anderes meist kein Interesse mehr.
Von diesen hört man denn auch stets die Einwendung:
„Wenn ein Streik oder eine Ausperrung kommt, dann
gehen wir nach Hause und arbeiten dort.“ Daß die
Organisation auch noch andere Aufgaben hat, als wie
Streiks und Ausperrungen zu führen, bedenkt keiner.
Die Zeit wird es auch hier bringen müssen, daß die
Kollegen anders denken lernen.

Das Verhältnis zu den gegnerischen Verbänden ist
hier wie anderwärts, wo diese in der Mehrheit sind. Am
schlimmsten treiben es die Mitglieder des sozialdemo-
kratischen Zimmererverbandes, die sich an den Vertrag
überhaupt nicht stören, sondern einfach die Arbeit nieder-
legen, sobald sie ohne Arbeitsniederlegung nicht er-
reichen, unsere Kollegen herauszudrängen.

Der Bauarbeiterschutz läßt besonders in den Land-
orten viel zu wünschen übrig, obgleich die Vorschriften
für den Bauarbeiterschutz sehr gut ausgebaut sind. Sie
werden einfach nicht beachtet. Es wird gut sein, wenn
unsere Kollegen auf die Durchführung der Vorschriften
achten und Verstöße gegen die Vorschriften der Organi-
sationsleitung melden.

Die Bautätigkeit ging in einer Reihe von Orten im
Nachsommer stark zurück. Dagegen war in anderen
Orten eine rege Nachfrage nach Bauarbeitern. Soweit
statistisches Material über die Bautätigkeit zu erhalten
war, wollen wir es hier anführen:

In Ulm wurden 52 Hauptgebäude mit 173 Stock-
werken, 4 Nebengebäude, 229 Erweiterungs- und Um-
bauten erstellt. Für 1913 sind bis jetzt 14 einfache
Neubauten angemeldet. In Öppingen wurden
60 Vorderhäuser, darunter 16 Arbeiterwohnhäuser,
3 Hintergebäude, 3 Stallungen, 1 gewerbliche Anlage,
1 Verwaltungsgebäude, 8 Wäschfen, 4 biologische Reini-
gungsanlagen, 57 Wäschhäuser, Magazine, Schuppen
usw., An- und Aufbauten zu Wohnhäusern 33, zu gewerb-
lichen Anlagen 11 erstellt. Labeneinrichtungen wurden
11 neu erstellt und 51 Veränderungen im Innern der
Gebäude vorgenommen. In Ravensburg wurden 20 Neu-
bauten erstellt. Für 1913 ist dort ein neues Gym-
nasium im Bau. In Stuttgart wurden 561 Wohn-
gebäude an den Straßenlinien mit 2371 Stockwerken
ausgeführt, 12 sonstige Gebäude an Straßenlinien, 89
bewohnbare Hintergebäude mit 255 Wohnstockwerken,
55 Erweiterungsbauten, 49 sonstige Hintergebäude. Wie
die Bautätigkeit in diesem Jahre wird, läßt sich noch
nicht sagen, da auch hier angefangen der Lariferneuerung
eine starke Zurückhaltung zu spüren ist. Im Etat sind
für Staatsbauten zirka 5 Millionen Mark eingeseht.
Der neue Bahnhof, der jetzt in vollem Umfange im An-
griff ist, und die verschiedensten Betriebsgebäude werden
auch in diesem Jahre gute Arbeitsgelegenheit bieten.
Eine Reihe anderer Bahnhöfe im Lande ist für 1913
zum Umbau vorgezogen. Wenn neben dem für Staats-
und Kommunalbauten vorgezogenen Bauplan noch die
private Bautätigkeit sich etwas hebt, dann hoffen wir
auf ausreichende Beschäftigung. Augenblicklich können
wir die Hoffnung noch nicht allzu hoch spannen. Zu wün-

läßt darauf schließen, daß der „deutsche“ Verband die Arbeitgeber provozieren und einen Riesenkampf unbedingt wollte.

4. Das geht ferner daraus hervor, daß der „deutsche“ Verband es ablehnte, einen letzten Versuch zu einer Verständigung vor Durchführung der Aussperrung zu machen. Es ist Pflicht jeder gewissenhaften Gewerkschaftsleitung, einen solchen Versuch zu unternehmen. In diesem Falle um so mehr, als eine Konferenz der Ausschüsse der Verbandsleitungen dringend erwünscht hatte, vor der Aussperrung einen Verständigungsversuch erzielen zu helfen. Der „deutsche“ Verband unterläßt es. Er sagte ausdrücklich, daß er einen letzten Verständigungsversuch nicht mitmache und der Kampf entscheiden müsse. Er wollte also den Kampf.

5. Die Färber hatten den Endtermin als den „eigentlichen Angelpunkt“ des Tarifs bezeichnet. Dem christlichen Verbands ist es durch Vermittlung des Oberbürgermeisters gelungen, die gefährliche Stelle aus dem Tarifangebot zu beseitigen. Jetzt erklärt der „deutsche“ Verband, daß er sich damit nicht einverstanden erklären könne; die um die Punkte mühen bewilligt werden, bevor der Kampf abgebrochen werden könnte. Jetzt bildeten andere Dinge den „Angelpunkt des Tarifs“. Man suchte nach Gründen, um die Aussperrung zur Durchführung zu bringen.

6. Ein ganz gemeiner Verleumdungsfeldzug gegen den christlichen Verband setzte ein. Eine Schlammslut von Lügen und Verdächtigungen ergießt sich gegen ihn. Nach der Methode des früheren Vergarbeitsführers Möller, „trete die Führer vor den Bauch und streiche die Mitglieder“, wird die wüste Hege auf der ganzen Linie betrieben. Den Mitgliedern des christlichen Textilarbeiterverbandes, die ihrem Verbands in den Rücken fallen, empfiehlt man, überzutreten: es wird ihnen die volle Unterstützung des „deutschen“ Verbandes angeboten.

Vergegenwärtigt man sich alle diese Dinge, so schreibt die „Textilarb.-Ztg.“ weiter, dann muß sich die Ueberzeugung festigen, daß es der „deutsche“ Verband nur darauf abgesehen hat, unserem Verbands einen Schlag zu versetzen; denn wir sind mit rund 6000, der „deutsche“ Verband nur mit rund 4000 Mitgliedern an der Sache beteiligt. Unsere Beteiligung ist im Verhältnis zur Gesamtmitgliedschaft fünfmal stärker als die des „deutschen“ Verbandes. Das ist des Übels Kern.

Wir wären wert, mit Rot bemorfen zu werden, wenn wir uns gegen diesen Erdrösselungsversuch nicht mit aller Entschiedenheit zur Wehr setzten.

Aus Arbeitgeberverbänden.

„Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände“. Die am 5. April in Berlin beschlossene Verschmelzung des „Vereins deutscher Arbeitgeberverbände“ mit der „Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände“ hat in der Arbeitgeberpresse die lebhafteste Befriedigung hervorgerufen. Die „Baugewerkszeitung“ verspricht sich von ihr „eine wesentliche Förderung der Arbeitgeberfrage im Deutschen Reich“. Die Mitglieder der neuen „Vereinigung“ beschäftigen etwa 2 1/4 Millionen Arbeiter. Der 1. Vorsitzende der „Vereinigung“ ist Fabrikbesitzer Garvens (Hannover) geworden, der 2. Vorsitzende ist Landrat a. D. Röttger (Berlin), als Geschäftsführer wurde Dr. Tänzler gewählt.

Die Gesichtspunkte, die für die Verschmelzung gesprochen haben, sind nach der „Baugewerksztg.“ folgende:

a) Durch die Vereinigung soll in erster Linie ein planmäßiger Ausbau der Arbeitgeberverbände, insbesondere der Berufsorganisationen, gefördert werden. Es hätten namentlich in den letzten zehn Jahren die Teilnehmer ihre auf beruflicher Grundlage beruhenden Organisationen immer mehr ausgebaut und die verwandten Verbände zu einheitlichen sogenannten Industrieverbänden zusammengeschlossen. Durch die Schaffung solcher Industrieverbände sei die Position der Gewerkschaften ganz bedeutend verstärkt worden. In gleicher Weise müßten auch die Arbeitgeber vorgehen und möglichst geschlossene Berufsorganisationen bilden. Das sei leider bisher nicht überall der Fall gewesen. Diesem Uebelstand könne zweckmäßigerweise nur durch einen einheitlichen Arbeitgeberverband abgeholfen werden.

b) Auch eine möglichst schnelle und lückenlose Sperre der streikenden und ausgesperrten Arbeiter sei nur bei dem Vorhandensein einer einzigen Zentrale möglich. Bisher wären durch den leidigen Umweg über die beiden Zentren oft Tage vergangen, bis die Verbände in den Besitz der Sperr-Rundschreiben und -Listen gelangten, wodurch die Gefahr entstand, daß inzwischen bereits eine Reihe streikender Arbeiter durch die Gewerkschaften in Verbandsbetriebe abgeschoben wurde. Diesen Mißstand soll die gemeinsame Zentrale beseitigen, die vor allen Dingen auch für eine einheitliche Benachrichtigung in Streitangelegenheiten zu sorgen hat.

c) Wesentlich sei ferner die erhöhte Möglichkeit, eine gemeinsame Rückversicherungskasse zu bilden, wodurch die Streikversicherung auf eine breitere Grundlage gestellt und finanziell erheblich leistungsfähiger würde.

d) Eine weitere Stärkung der Position der Arbeitgeber wird angestrebt durch die Errichtung eines Streikabwehrfonds, der aus den erhöhten Beiträgen angehäuft werden soll. Zu diesem Zwecke wird ein Jahresbeitrag von 20 Pf. pro Kopf Lohnsumme erhoben werden. Die durch diese Erhöhung des Beitrags erzielten erheblichen Ueberschüsse (Streikabwehrfonds) sollen dazu dienen, die weniger abwehrfähigen Verbände und Firmen, namentlich des Handwerks, bei größeren Streiks wä-

rend des Kampfes finanziell kräftig zu unterstützen, damit sie bis zum Erfolge (d. h. bis zur Niederlage der Arbeiter) durchhalten. Man ist der Auffassung, daß Niederlagen des Kleingewerbes schließlich auch Niederlagen der Großindustrie sind, da die Position der Industrie durch die ungünstigen Ausgang der Kämpfe im Kleingewerbe in vieler Beziehung in Mitleidenschaft gezogen wird, und deren Arbeitsverhältnisse dadurch nach und nach in ungünstiger Weise beeinflusst werden. Es läge deshalb im wohlverstandenen eigenen Interesse der Industrie, daß sie erhebliche Mittel zu diesem Zwecke zur Verfügung hat.

e) Die Ausbreitung der Arbeitsnachweise könne durch die neue Zentrale erheblich gefördert werden, was für die Heranziehung und Vermittlung einer brauchbaren (man weiß ja, was man unter „brauchbar“ versteht) Arbeiterschaft wie auch für die Arbeiter von größter Wichtigkeit sei. Die gemeinsame Zentrale könne viel leichter in dieser wichtigen Frage einheitliche Direktiven geben und die Errichtung von Arbeitsnachweisen nach bewährtem Muster (darunter ist natürlich der einseitige Arbeitgebernachweis verstanden) anregen. Auch könne sie bei Errichtung von Arbeitsnachweisen finanzielle Beihilfe gewähren.

f) Die Verschmelzung bedeute auch eine vorteilhafte Verringerung der Geschäfts- und Bureaukosten. Die hierdurch erzielten Ersparnisse könnten für die finanzielle Unterstützung der Verbände verwendet werden. Dann sei auch jetzt eine größere Einheitlichkeit und Schnelligkeit in der Vertretung der deutschen Arbeitgeberverbände gegenüber den Regierungen und Parlamenten ermöglicht worden.

g) Schließlich sei als außerordentlich bedeutungsvoller Umstand in Rechnung zu ziehen, daß der endliche Zusammenschluß der deutschen Arbeitgeberverbände zu einer Zentrale einen gewaltigen moralischen Erfolg für die Arbeitgeber bedeute. Es könne von diesem Zusammenschluß eine große Wirkung auf die Organisation der Arbeiter erwartet werden. Diese würden diesem Faktor Beachtung schenken müssen, was dazu führen könne, daß sich die Gewerkschaften in ihren Forderungen eine gewisse Mäßigung auferlegen. Dann verspricht man sich von der Verschmelzung auch insofern eine günstige Wirkung, als sich jetzt diejenigen Arbeitgeberverbände, die sich bisher wegen der Zersplitterung keiner der beiden Zentralen angeschlossen haben, sich nun der neuen gemeinsamen Zentrale anschließen werden, da sie sich von einer erfolgreichen Wahrnehmung ihrer Interessen durch die große Organisation leicht überzeugen lassen würden.

Diese Zusammenfassung der Gründe, die zur Verschmelzung der beiden großen Arbeitgeberverbände geführt haben, enthält für uns sehr viel Stoff zum Nachdenken. Zweifellos wird durch die Verschmelzung die Stützpunkt der Arbeitgeberorganisation erhöht. Für die Arbeitgeberorganisationen ergibt sich daraus die unabweisbare Pflicht, ihre Position höchstmöglich zu verstärken, um ein entsprechendes Gegengewicht zu schaffen.

Aus ausländischen Gewerkschaften.

Der Verband christlicher Bau- und Steinarbeiter Oesterreichs hielt am Dienstag in Wien seinen Verbandstag ab, der von den Ortsgruppen und Zahlstellen stark besucht war. Unser Verband hatte ein herzlich beglückwünschendes Telegramm gesandt. Der Tätigkeitsbericht konnte die erfreuliche Tatsache verzeichnen, daß der Verband in der Berichtszeit wieder um ein gutes Stück vorwärts gekommen ist. Leider sei aber die Fluktuation nach wie vor sehr groß. Diesem Uebel soll in Zukunft energisch entgegen gearbeitet werden. Ein eigenes Organ hat der Verband noch nicht, seine Mitglieder erhalten statt dessen „Den christlichen Gewerkschafter“, das Zentralorgan der christlichen Gewerkschaften Oesterreichs. In Lohnbewegungen war der Verband erstmalig beteiligt, davon waren sechs Streiks, sechs Bewegungen wurden selbständig geführt, in den übrigen mit anderen Organisationen gemeinschaftlich. Sämtliche Bewegungen, welche durch den Verband geführt wurden, waren von Erfolgen begleitet. Die erreichten Lohnerhöhungen betrugen 20 bis 45 Heller pro Tag. Die Beitragsleistung wurde auf eine solidere Grundlage gestellt, als künftig der Stundenlohn als Grundlage für dieselbe gelten soll. Der Anteil der Ortsgruppen wurde von 20 auf 10 Prozent der Einnahme gekürzt. Die dadurch erzielte Mehrerlöse der Zentralkasse soll den Verband in den Stand setzen, baldmöglichst ein eigenes Fachblatt erscheinen zu lassen. Das Verbandssekretariat wird von Wien nach Linz verlegt.

Möge die Tagung der Ausgangspunkt einer glücklichen, gedeihlichen Entwicklung des österreichischen Arbeiterverbandes sein. Unsere herzlichsten Segenswünsche begleiten ihn auf diesem Wege.

Aus dem Baugewerbe.

Unter dieser Rubrik finden Baunfälle, Submissionsergebnisse, technische Neuerungen im Baugewerbe und dergl. Aufnahme. Berichte über Baunfälle sind so schnell wie möglich einzuliefern.

Wohnum. (Baunfälle.) Am 4. April stürzte vom Neubau Gram in der Gwaldburg der Stukkateur Gram aus einem Fenster des vierten Stockwerkes auf die Straße hinab. Gram zog sich bei dem Fall schwere innere Verletzungen und einen doppelten Armbruch zu. In seinem Aufkommen wird gezwweifelt. — Ein noch schrecklicheres Unglück hat sich am Montag, den 7. April, am Neubau Mitterdorf, Gde. Wittener und Friedhofstraße, zugetragen. Der bei der Firma Wiener u. Co. dort beschäftigte Zementeur Perchner stürzte durch Fehltritt hinterwärts über die Vorderfront der zweiten Etage ab,

schlug zunächst auf den Bauzaun und von dort auf einen auf der Straße lagernden Haufen Pflastersteine. Er litt einen Schädelbruch und starb wenige Stunden nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus. — Diese beiden traurigen Unfälle zeigen uns wieder, wie notwendig es ist, unsere alten Forderungen, bei Ueberhandmauern Schutzgerüste von Etage zu Etage anzubringen, gesetzlich festzulegen. Wieviel Opfer sollen die Bauarbeiter noch bringen, ehe sich die Regierung dazu bequemt, den Bauarbeiterchutz zu fördern und zu verbessern?

Duisburg. Am Neubau der Firma Meier, Kreisfelder Straße, ereignete sich am 31. März ein Unfall. Nachdem die Fundamente ausgeschachtet waren und man mit der Ausführung des Mauerwerks begonnen hatte, stürzte plötzlich das stehende Erdreich nach, und wurde der Kollege Gehl verdrückt. Derselbe trug erhebliche Quetschungen davon.

Mühlheim (Ruhr). Ein schweres Baunglück ereignete sich am Neubau des Bauunternehmers Arens an der Ruhrbrücke. Ein Materialaufzug stürzte von der zweiten Etage auf das Straßenniveau, den Maurer Eggensberger mit herabreißend. Derselbe stürzte mit dem Kopf auf das Pflaster, so daß ihm der ganze Kopf aufgerissen war. Ferner erlitten durch den herabstürzenden Aufzug der Bauunternehmer Arens, der Maurerpolster Vindermann und der Ve. 4. vier Verletzungen. Die Verletzungen aller sind ziemlich erheblicher, teils sogar recht schwerer Natur. In nicht genügender Befestigung des Aufzuges dürfte die Ursache zu suchen sein.

Miederich. Am Neubau der Rheinischen Stahlwerke, ausgeführt von der Firma Vollmann, ereignete sich am 31. März ein Unfall. Ein Klemmermeister hatte mit seinem Gehäusen und Behrling seine Arbeiten bereits fertiggestellt, als Bauführer und Abnahmekommission ebenfalls noch das Gerüst betraten. Durch die Ueberlastung gaben die Träger nach, und alle stürzten in die Tiefe. Der Klemmermeister und sein Behrling sollen erhebliche Verletzungen davongetragen haben, während die übrigen teils mit dem Schrecken davonkamen. Die Ursache liegt in dem leichtfertigen Gerüstbau.

Oberhausen. Am 7. April, nachmittags gegen 2 Uhr, stürzte auf Schacht II der Zeche Konfordia der Maurer Peter Klein aus beträchtlicher Höhe. Klein fiel auf einen etwa 3 bis 4 Meter tiefer liegenden Pfeiler und zog sich eine schwere Verletzung des Rückgrates zu, so daß seine sofortige Ueberführung in das Krankenhaus notwendig war. Nur das Fehlen jeglicher Schutzvorrichtung kann als Ursache dieses bedauerlichen Unfalles angesehen werden.

Neue Bauarbeiter-Schutzbestimmungen für den Landespolizeibezirk Berlin.

„§ 1. Die Bestimmungen der §§ 2 bis 8 dieser Polizeiverordnung finden Anwendung:

a) bei Hochbauten, wenn einschließlic der Poliere und Behrlinge mehr als 10 Personen zur Zeit der Rohbauausführung gleichzeitig auf dem Bau beschäftigt sind, wobei die während der Rohbauausführung vorübergehend beschäftigten Arbeiter, wie Zimmerleute und Staker, in diese Zahl nicht eingerechnet werden,

b) bei Tiefbauten, die von Unternehmern ausgeführt werden, wenn an einer bestimmten Stelle des Baues mehr als 10 Personen länger als eine Woche gleichzeitig beschäftigt sind.

§ 2. 1. Zur Benutzung während der Arbeitspausen und bei ungünstiger Witterung sowie zur Aufbewahrung von Kleidern, Lebensmitteln und Geschirr muß für die an Bauten beschäftigten Arbeiter ein allseitig dicht umschlossener, mit Fenstern genügend verschener, luftbarer Unterkunftsraum geschaffen werden, der im Mittel mindestens 2,20 Meter im Lichten hoch sein muß und dessen Grundfläche derart zu bemessen ist, daß auf jeden am Bau dauernd beschäftigten Arbeiter (§ 1) eine Fläche von wenigstens 0,75 Quadratmeter entfällt.

2. Der Unterkunftsraum muß mit festem Diebenfußboden versehen und in der kälteren Jahreszeit heizbar sein.

3. Für die dauernd auf dem Bau beschäftigten Arbeiter sind in den Unterkunftsräumen Sitzplätze und Tische zur Verfügung zu stellen.

4. Baumaterialien irgendwelcher Art dürfen in den Unterkunftsräumen nicht gelagert werden.

5. Bei Tiefbauten müssen diese Räume so belegen sein, daß der Beschäftigungsort eines jeden Arbeiters von der Unterkunftsstätte der Regel nach höchstens 300 Meter entfernt ist.

6. Für schwimmende Unterkunftsräume findet die Vorschrift über die notwendige lichte Höhe keine Anwendung.

§ 3. Sinkt in der Zeit vom 1. November bis 1. April die Außentemperatur unter +10 Grad Celsius, so ist der Unterkunftsraum genügend zu erwärmen.

§ 4. Den Arbeitern muß auf der Baustelle die Möglichkeit gegeben sein, Speisen und Getränke zu erwärmen.

Bei Tiefbauten außerhalb geschlossener Ortschaften sind die Wärmevorrichtungen unmittelbar bei der Baubude anzulegen.

Es kann zugelassen werden, daß während der kälteren Jahreszeit die Heizanlage der Baubude zugleich als Wärmevorrichtung für Speisen und Getränke eingerichtet und benutzt wird.

§ 5. Bei Bauausführungen (vergl. § 1) müssen für die Arbeiter Aborte in solcher Zahl vorhanden sein, daß ein Abort (Brille) für höchstens 25 Personen dient. Beim Vorhandensein mehrerer Aborte ist zwischen je zwei Stößen eine Scheibwand anzubringen.

Für die am Bau beschäftigten Arbeiterinnen sind besondere Bedürfnisanstalten zu errichten.

Die Aborte müssen möglichst entlegen von den Unterkunftsräumen (§ 2), der Regel nach mindestens 6 Meter davon entfernt, aufgestellt werden, sie müssen genügend hell, überdacht und derart eingerichtet sein, daß vor

aufen nicht hineingesehen werden kann. Erforderlichenfalls sind vor den Türen Blenden anzubringen.

Die Aborte dürfen keine durchlässigen Gruben erhalten. Sie sind entweder an eine öffentliche Entwässerungsanlage vorschriftsmäßig anzuschließen oder es müssen wasserdichte Tonnen, welche nach Bedarf fortzuschaffen und durch leere, mittels Kalksanstrichs desinfizierte Tonnen zu ersetzen sind, aufgestellt werden.

Bei freier, von Wohngebäuden entfernter Lage der Baustellen kann die Herstellung einer Erdgrube von der Ortspolizeibehörde gestattet werden.

§ 6. Bei den für die Arbeiter bestimmten Aborten ist ein Pissoir anzulegen. Außerdem ist in jedem Geschosse der Bauausführung ein Urineimer aufzustellen.

§ 7. Die Unterfunksräume und die Aborte sind stets in reinlichem Zustande zu erhalten. Die Urineimer und die Behälter für die Pissoirs sind nach Bedarf, mindestens täglich, zu entleeren. Die Aborte und Pissoirs sind nach Erfordernis zu desinfizieren.

§ 8. Auf jeder Baustelle ist ein gutes Trinkwasser bereitzuhalten.

§ 9. Vom 1. November bis 1. April dürfen Stuckateur-, Maler-, Fußer- und Töpferarbeiten in Neubauten nur dann ausgeführt werden, wenn die Räume, in denen gearbeitet wird, durch Türen und Fenster verschlossen sind. Die nur vorläufige Anbringung derartiger Verschlüsse ist für genügend zu erachten.

§ 10. In Räumen, in denen offene Kohlfener ohne Ableitung der entstehenden Gase brennen, darf nicht gearbeitet werden. Solche Räume sind gegen andere, in denen gearbeitet wird, dicht abzuschließen. Sie dürfen nur vorübergehend von den die Kohlförbe beaufsichtigenden Personen betreten werden.

§ 11. Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Vorschriften werden mit Geldstrafe bis zu 60 M., im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft bestraft.

§ 12. Diese Polizeiverordnung tritt am 15. März 1913 in Kraft.

Gleichzeitig wird die den gleichen Gegenstand betreffende Polizeiverordnung vom 29. Oktober 1910 (Amtsblatt Stad 46, Seite 544) für den Landespolizeibezirk Berlin aufgehoben.

Bücherchau.

Sozialdemokratische und christliche Sittenlehre. Arbeiterbibliothek 16. Heft. 1.-10.-Tausend. 8° (68) M. Gladbach 1912, Verlag der „Westdeutschen Arbeiter-Zeitung“, G. m. b. H. 40 Pf., postfrei 45 Pf.

Das Büchlein ist für die Bibliothek des Arbeiters bestimmt. Es untersucht in durchaus populärer Form die sozialdemokratischen Anschauungen über Ethik, ihren Zusammenhang mit dem materialistischen Darwinismus der 50er Jahre und stellt der sozialdemokratischen Ethik die christlich-realistische Individual- und Sozial-Ethik gegenüber. Das letzte Kapitel behandelt die Notwendigkeit und Methode christlicher Kulturarbeit in der Gegenwart. Das Büchlein dürfte sich besonders zur Behandlung in sozialen und apologetischen Unterrichtskursen der katholischen Arbeiter- und Jugendvereine eignen.

Bekanntmachungen.

Aufforderung.

Das Mitglied (Maurer) Alexander Stern, geb. 10. Oktober 1895 zu Schöck, amgen. 27. 2. 1913 zu Bortrop, Buchnummer 29537, wird hiermit aufgefordert, seiner Verpflichtung als Vertrauensmann dem Kassierer der Zahlstelle Bortrop gegenüber nachzukommen. Wer den Aufenthalt des Obengenannten weiß, wird ersucht, dies mir unverzüglich mitzuteilen. (Nach Angaben befindet sich derselbe im Dorinumber Gebiet.)
August Kreß, Gladbeck, Bahnhofstr. 26.

Sterbetafel.

Am 1. April starb nach kurzen Krankenlager unser treuer Kollege und zweiter Vorsitzende **Franz Dreis-Kemper** im Alter von 40 Jahren an Lungenentzündung.
Jahrestelle **Selm.**

Am 2. April starb unser treuer Kollege **Alb. Rittsche** infolge Geistesstörung und nervöser Ueberreizung. Wir verlieren in ihm einen unserer besten und opferfreudigsten Kollegen.
Verwaltungsstelle **Schwerin a. B.**

Ehre ihrem Andenken!

Briefkasten.

Nach **Motrolohna, D.-Schl.** Von Guerer Zusammenkunft am 24. März sind zwei Berichte eingegangen. Der zweite könnte auch schon um deswillen keine Aufnahme finden, weil das Papier auf beiden Seiten beschrieben war. Gruß.

Aus dem Geschäftsleben.

Die Marke „Weißer Elefant“, Erzeugnis der Westfalia-Kinderwagen-Industrie Bruno Richkenhain, Osnaabrück, hat sich in verhältnismäßig kurzer Zeit das Vertrauen der Konsumenten in ungeahnter Weise erworben. Die Kasten- und Leiterwagen der Firma stehen unerreicht da, trotz des leichten Laufes elegant in Bauart und unverwundlich in Qualität. Auch die Kinder- und Sportwagen weisen eine unübertroffene Eleganz in Form und Farbe auf.

Man sollte daher nicht versäumen, bei eintretendem Bedarf den neuesten Prachtkatalog 863, der bedeutend reichhaltiger wie seine Vorgänger, gratis und franko einzufordern. Die Auswahl genügt den größten Anforderungen.

Die Kenntnis der Volksarzneimittel und Volksmittel entspringt und entspringt noch täglich aus einer von der Sinnesanschauung und den Verstandsbegriffen unabhängigen Erkenntnisquelle aus der Natur, aus schlichten Beobachtungen des Lebens, aus heilsamen Erfahrungen bei Gesunden und Kranken, aus zweckdienlichen Tatsachen. Dieser unererschöpflichen Erkenntnisquelle verdankt die Volksheilkunde ihre Entstehung und tagtäglich einen großen Teil ihrer Bereicherungen. Als bekannteste Volksmedizin dürfte wohl Lichtenhelms Singsong-Essenz mit dem Licht gelten. Dieses vorzügliche Volksheilmittel leistet unschätzbare Dienste bei Magenleiden, Kolikanfällen, Kopfschmerzen, Halschmerzen, Schlingbeschwerden, Katarrhen, Nervenleiden usw. Man verlange Prospekt und achte darauf, daß man nur Lichtenhelms echte Singsong-Essenz mit dem Licht, aus Lichtenhelms Laboratorium in Mueselbach, Thüringer Wald, stammend, erhält, nur dann hat man die Gewähr für ein wertvolles Volksheilmittel.

Marke Weisser Elefant Hand-Kasten- u. Leiterwagen

in allen Preislagen und Größen mit festen und abnehmbaren Kästen.
Westfalia Kinderwagen-Industrie Bruno Richkenhain, Osnaabrück.
Verkaufen Sie Prachtkatalog Nr. 863 gratis und franko.
Herr Hermann Weisner-A. schreibt: „Wie Sie für so wenig Geld so gute Waren liefern können ist mir mit allen Bekannten unverständlich. Was sollte alle andere Artprobe und -rückgabe. Lassen Sie mir bei Ihnen kaufen.“

Eine Uhr schenken wir Ihnen.

wenn Sie unsere 100 Ansichtspostkarten verkaufen. Die Uhr ist prachtvoll graviert, hat ein richtig u. verlässlich gehend. Werk, für welches wir 1 Jahr Garantie leisten. Die 100 Postkarten senden wir Ihnen zum Verkauf frei und wenn Sie sie verkauft haben, senden Sie uns Mk. 6.—, worauf wir Ihnen die Uhr schicken.
J. Stern Co., Berlin SO 16,
Königsplatz Straße 55.

Heinrich Stachehl, Maurerstr.

Berlin, Weidenweg 33
Landhausbau
Uebernahme von Maurer- und Zimmerarbeiten, Neu- und Umbauten, Laden-Anbrüche.
Spezialität: Modernisierung alter Wohnzweige und ganzen Gebäude.
Uebernahme ganzer Bauten hier und auswärts in Entreprise. Anschläge kostenlos und franko. Kulante Bedienung.

Prima Werkzeuge

liefert als Spezialität für Stahlwerke
Karl Engels,
Werkzeugfabrik,
Magen 1. Westf.
Kataloge gratis.

Likör-Extrakte

zur Selbstbereitung köstlicher Tafeltränke usw.
Frucht-Extrakte
zur Selbstbereitung alkoholfreier Limonaden etc. Verwendung von H. Weizen und Likören nach allen Positionen. Maßgebendste Prospekte gratis.
Johann Grell,
Wolgasthen-Str. 10, Berlin, Berlin-Schöneberg Ost, Holländerstraße 17.

Schnurrbart!

Verlässenden Erfolg mit Hilfe unseres „Novella“ etc. erzielte Herr R. Borkowski in Zoppot (Wyr.). Der selbst geschriebene Nach vierwöchentlich Gebrauch ihres „Novella“ Nr. II hatte ich ein schönes Schnurrbart, der mich so erfreut, dass ich Ihnen meine herzlichsten Dank aussprechen muss. Aebalich schreiben uns angelegentlich andere Kunden. Bei Nichterfolg Geld zurück. Versand diskret gegen Nachnahme od. Vorauszahlung (auch Briefmarken). Ansicht u. Garantie-schein. Preis pr. Dose: Nr. I M. 2.—, Nr. II M. 3.—, Nr. III M. 4.—. Nur zu beziehen von Kosmetische Anstalt in Luxemburg-gare 109.

Paul Matschull, Baugeschäft

Kaulsdorf a. Ostbahn, Zanderstr. 21
Spezialität: **Landhausbau**
Schnellste Anfertigung
Kostenanschläge gratis
Sauberste Ausführung
Kulante Zahlungsbedingungen
Lieferung von Holz- u. Baustoffen :: Schwermetallbauarbeiten usw.

Julius Minner.

Spezialität: **Gamaschenfabrikation**
Hr Sport, Spiel, Straße und Arbeit
= in prima Stoffen, Filz usw. =
Bel Lieferung an ganze Vereine Extra-Vergünstigung.
Großes Lager von
Hundesport-Artikeln.
Erschöpfende Fabrikate. = Einzelverkauf zu Fabrikpreisen.
Berlin S. 14, Annenstr. 44.
= Man verlange kostenlosen Vertreterbesuch =

Wäschekisten

Taschennähr
wenn Sie für uns 100 Ansichtskarten verkaufen. Die Uhr ist prachtvoll graviert, hat richtig und verlässlich gehend. Werk, für welches wir ein Jahr Garantie leisten. Die 100 Postkarten senden wir Ihnen z. Verkauft franko und wenn Sie solche verkauft haben, senden Sie uns 6 M., worauf wir Ihnen die Uhr schicken. Viele Anerkennungs-schreiben
Vogt & Co., Heidelberg A 39.

100 Heringe, lang, kalter.

in Milchsaucе frei Haus 2,25 M. Gratis Dose 18 norw. Oalsard. 100
H. Napp,
Ottensen b. Hamburg 174.

Korpulenz

Bestfestigkeit
wird besorgt durch „Tannala“. Preisgekrönt mit goldenen Medaillen und Ehrendiplomen. Kein starker Leib, keine starken Hüften mehr, sondern schlanks, elegante Figur und graziose Taille. Kein Heilmittel, kein Geheimmittel, lediglich ein Ernährungsmittel für zwief Korpulenz, jedoch gesunde Personen. Keine Diät, keine Aenderungen der Lebensweise. Vorzügliche Wirkung. Paket 2,50 M. fr. gegen Postanweisung, od. Nachnahme. Fabrik: **D. Franz Hofner & Co., Berlin 207, Köpenicker Str. 25.** Verkauf d. Apoth. Genera depot und Versand: **Witt's Apotheke, Berlin, Postdamer Straße 64.**

Reichsversicherungsordnung

Sachen werden L. bis 12. Februar:
Reichsversicherungsordnung
mit Erläuterungen und Anmerkungen
Der erinnernde Text und das höchst praktische alphabetische Sachregister sind verfasst von
Volksbureauvorsteher
Heinrich Dieck
19 (534) Geb. M. 2.—

Volksvereins - Verlag

GmbH., M. Gladbach.

Veranstaltungs- und Verkehrslokale der Verwaltungs- resp. Zahlstellen.

Kleinfest:
Schriftl. Dienst, Haupt- u. Nebenamt
Rechtshilfe:
Schriftl. Dienst, Haupt- u. Nebenamt
Städt.:
Schriftl. Dienst, Haupt- u. Nebenamt
Landes:
Schriftl. Dienst, Haupt- u. Nebenamt

NATIONAL
Für jeden Radfahrer unentbehrlich

Kauft bei den Inserenten der „Baugewerkschaft“.